

HORST DIETZEL, JOCHEN WEICHOLD

# Vergleich der Europawahlprogramme

VON SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP UND PDS

Die Europäische Union (EU) steht vor der größten Erweiterung in ihrer Geschichte. Am 1. Mai 2004 werden ihr zehn Staaten beitreten. Es entsteht der weltweit größte Wirtschaftsraum mit 450 Mio. Menschen und einem Inlandsprodukt von über 9.700 Mrd. €. Am 13. Juni 2004 sind 338 Mio. Wähler in den dann 25 Mitgliedsstaaten aufgerufen, über die Zusammensetzung des neuen Europäischen Parlaments zu entscheiden.

Wir wollen hier untersuchen, mit welchen programmatischen Vorstellungen sich die politischen Parteien in Deutschland bei den Europawahlen 2004 den neuen Herausforderungen der europäischen Integration stellen, und haben dazu die Wahlprogramme

von SPD, CDU, Grünen, FDP und PDS analysiert. Während sich die beiden großen Parteien auf kurze, allgemein gehaltene Wahlmanifeste beschränken, haben die kleinen Parteien sehr detaillierte Programme vorgelegt. Wir können im Rahmen dieser Analyse nur die politisch relevantesten Fragen beleuchten: Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Außen- und Sicherheitspolitik, jedoch unter Einschluss der Aussagen zur Landwirtschaftspolitik, zur Beschäftigungspolitik, zur Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik und zum Stabilitätspakt, zur Erweiterung der EU und zur Vertiefung des Integrationsprozesses und nicht zuletzt zur Europäischen Verfassung.

Berlin, März 2004

## Wirtschafts- und Sozialpolitik

Alles in allem gehen die Parteien in den von uns analysierten Programmen recht unterschiedlich an die Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik heran. Die *SPD* lobt das europäische Gesellschaftsmodell (Gerechtigkeit und fairer Wettbewerb im sozialen Rechtsstaat). Es soll weltweit zum Vorbild gemacht werden. Ähnlich meint die *CDU*, dass die »Soziale Marktwirtschaft« die effektivste und gerechteste Wirtschaftsform sei. Europäische Regeln müssten unsere Wirtschaft stärken und für eine nachhaltige Belebung der Konjunktur sowie für einen Abbau der Arbeitslosigkeit sorgen. Die *CDU* wendet sich aber gegen eine »bürokratische Überregulierung unserer Industrie und der mittelständischen Betriebe« und unterstützt die Bemühungen, die Wettbewerbsfähigkeit der EU bis 2010 deutlich zu steigern.

Die *Grünen* wollen zwar auch eine »ökologisch-soziale Marktwirtschaft«, aber keine ruinöse Standortkonkur-

renz. Sie wenden sich gegen eine »übermäßige Marktmacht und ihren Missbrauch«. Nur wenn die Integration ausreichend gelinge, könne der zunehmende Verlust der nationalstaatlichen Steuerungsfähigkeit kompensiert werden. Die *FDP* hingegen setzt noch deutlicher als die *CDU* auf Marktwirtschaft und freien Handel. Der europäische Binnenmarkt müsse vollendet und die Freiheit der Arbeitnehmer und Unternehmer, der Wettbewerb und die Soziale Marktwirtschaft weiter ausgebaut werden.

Im Gegensatz zu den anderen Parteien sieht die *PDS* in der Wirtschaftspolitik der EU die »Entfesselung der Marktkräfte«. Sie wendet sich dagegen, dass immer mehr Bereiche der Wirtschaft liberalisiert und privatisiert werden, und fordert eine Abkehr von der neoliberalen Politik der Deregulierung. Während andere Parteien die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU ausbauen wollen, will die *PDS* die Binnennachfrage und regionale Wirtschaftskreisläufe in Europa stärken. Längerfristig strebt die *PDS* an, dass Formen und Ver-

fahren der Demokratie auch in der Wirtschaft Einzug halten.

Im Rahmen der Wirtschaftspolitik kommt der *Landwirtschaftspolitik* besondere Bedeutung zu, weil es hier um die Bereitstellung und Umverteilung erheblicher Mittel im Rahmen der EU geht. Im Jahre 2002 waren im EU-Haushalt mit 44 Mrd. € 46 Prozent der gesamten Haushaltsmittel für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) vorgesehen. Landwirtschaftspolitik ist zudem ein Politikfeld, das eng mit Verbraucherschutz und Umweltschutz verflochten ist, mit zwei Politikfeldern, deren Bedeutung von allen Parteien betont wird – am stringentesten von den Grünen.

In den Wahlprogrammen setzen sich bis auf die CDU alle Parteien für eine grundlegende Reform der GAP ein; die Intentionen und Schwerpunktsetzungen sind dabei allerdings unterschiedlich. Für die *SPD* besteht das Ziel einer grundlegenden Reform der Agrarpolitik darin, Subventionen von der Produktionsmenge zu entkoppeln und sie an Qualitätsstandards von Lebensmitteln und ökologisch verträglichen Produktionsweisen zu binden. Bei der Frage der gentechnisch veränderten Lebensmittel habe die SPD die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung vertreten und Regelungen zum Schutz der Verbraucher und zur Kennzeichnung durchsetzen können.

Die *CDU* lässt sich auf die eigentlichen schwierigen Probleme erst gar nicht ein. Sie betont sehr allgemein, dass eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Landwirtschaft eine Bedingung für den Erhalt unserer Kulturlandschaft sei. Im Rahmen von notwendigen Umstrukturierungen müsse es verlässliche Rahmenbedingungen für die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland geben.

Dagegen wollen die *Grünen* eine »Agrarwende« europaweit durchsetzen. In Zukunft werde die Hälfte der EU-Mittel, die immer noch für den Agrarbereich ausgegeben werden, nicht mehr »Masse statt Klasse« fördern, sondern unabhängig von der Produktion die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums. Mit einem Aktionsprogramm »Ökologischer Landbau« soll die besonders nachhaltige Wirtschaftsweise gefördert werden. Die ländlichen Gebiete Europas brauchten eine Perspektive. Deshalb wollen die Grünen eine Verbesserung der Einkommensmöglichkeiten durch Diversifizierung, Stärkung der sozialen Infrastruktur und durch die aktive Mitgestaltung der ländlichen Entwicklungsprogramme von unten erreichen.

Die *FDP* verlangt eine Reformierung und »marktwirtschaftliche Neuausrichtung« der Europäischen Agrarpolitik. Sie fordert die Einführung einer Kulturlandschaftsprämie anstelle der bestehenden Marktregulierungen, Exportsubventionen und produktabhängigen Stützungen, was eine umfassende Reform der GAP

bedeuten würde. Eine angebliche »Überreglementierung unter dem Deckmantel des Verbraucherschutzes« müsse beseitigt werden.

Die *PDS* will ebenfalls eine »grundsätzliche Neuausrichtung« der Agrarpolitik, die sehr ausführlich dargestellt wird. Die öffentliche Agrarförderung dürfe aber nicht infrage gestellt werden. Im Unterschied zu den anderen Parteien sieht die PDS das Hauptproblem der GAP in der 1992 eingeleiteten Ausrichtung der europäischen Landwirtschaft auf den Weltmarkt. Trotz Korrekturen werde am Kurs der Liberalisierung und der Eroberung neuer Weltmarktanteile festgehalten. Angesichts der Globalisierung präferiert die PDS im Gegensatz zu den anderen Parteien einen »qualifizierten Außenschutz« der Landwirtschaft. Ob dies durch Schutzzölle oder andere Maßnahmen erreicht werden soll, bleibt allerdings offen. Insgesamt setzt sich die PDS für eine »ganzheitliche und regional differenzierte ländliche Entwicklungspolitik« ein.

Auf Fragen der *Beschäftigungspolitik* gehen SPD, CDU, Grüne und FDP entweder nur recht allgemein oder nur am Rande ein. Die einzige Partei, die sich ausführlich diesem Politikfeld widmet, ist die PDS.

Die *SPD* will die Arbeitslosigkeit durch eine »gemeinsame Politik in Zukunftsinvestitionen und mit erhöhten Ausbildungsanstrengungen« abbauen. Zwar sei es Aufgabe der Mitgliedsstaaten selbst, die Arbeitslosigkeit zu senken, aber auch die EU könne (wie mit dem europäischen Beschäftigungspakt) einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Europa als Wachstums- und Exportregion sowie als Gesellschaftsmodell zu stärken. Die CDU erwähnt nur in einem Satz, dass die europäischen Regeln im Zusammenhang mit der Belebung der Konjunktur die Arbeitslosigkeit abbauen müssten.

Bei den *Grünen* gibt es lediglich allgemeine Hinweise auf die Beschäftigung bei der Ökologisierung und bei der Bildungspolitik. Außerdem seien die »strukturpolitischen Handlungsmöglichkeiten auch nach der EU-Strukturreform« in den wirtschaftlich schwachen Regionen Deutschlands (besonders Ostdeutschlands) zu erhalten. Die Neuausrichtung der europäischen Strukturpolitik dürfe nicht auf Kosten einer innovativen Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik gehen. Die FDP fordert »weitere Fortschritte bei der Liberalisierung und Deregulierung der Märkte, vor allem auch des Arbeitsmarktes«. Im Gegensatz zur PDS meint die FDP, dass das Prinzip der Daseinsvorsorge nicht zu Behinderungen von Wettbewerb und Privatisierungen zugunsten der öffentlichen Anbieter missbraucht werden dürfe.

Die Forderungen der *PDS* gehen in drei Richtungen: *Erstens* soll die öffentlich geförderte Beschäftigung ausgeweitet werden. Hier geht es um die Erneuerung und Stärkung bürgernaher öffentlicher Dienste. Sozialwirtschaftliche Projekte und Initiativen sollen durch

EU-Strukturfonds und die Mitgliedsstaaten »dauerhaft und angemessen« gefördert werden. Die Arbeitsplätze im Dritten Sektor müssten den gleichen Standards entsprechen wie in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst.

*Zweitens* soll es eine »zeitgemäße Neubestimmung des Normalarbeitsverhältnisses« geben. Dabei geht es vor allem um die Senkung der Höchstarbeitszeiten in der EU-Arbeitszeitrichtlinie von 48 auf 40 Stunden bis 2010, um die allgemeine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, um die Förderung substanzieller, geschützter Teilzeitarbeit und um die Abschaffung begünstigender Sonderregelungen für prekäre und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse.

*Drittens* tritt die PDS für eine »alternative Arbeitsmarktpolitik« ein. Die in der EU vorherrschende »aktivierende Arbeitsmarktpolitik« soll durch eine »sozial befähigende aktive Arbeitsmarktpolitik« ersetzt werden, die Jugendlichen, Langzeitarbeitslosen und anderen marginalisierten Gruppen von Erwerbslosen eine qualifizierte Aus- und Weiterbildung bietet.

Fragen der *Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik* der Europäischen Union werden von den beiden großen Parteien so gut wie überhaupt nicht thematisiert. Die *CDU* meint lediglich, dass eine gesunde, nachhaltige Haushaltspolitik die Voraussetzung für ein stabiles Wirtschaftswachstum und für notwendige Investitionen in Bildung und zukunftssträchtige Technologien sei. Angesichts von Bedrohungen wie dem internationalen Terrorismus müsse die EU künftig ihre Anstrengungen verstärkt darauf richten, einen Beitrag zu einer sichereren Welt zu leisten, und diese Prioritätensetzung müsse sich auch im EU-Haushalt widerspiegeln. Deshalb müsse ein größerer Teil des EU-Haushaltes in die Außenpolitik sowie in innere und äußere Sicherheit gelenkt werden. Die *SPD* will an der Balance zwischen Konsolidierung und Wachstum festhalten. Doch finden sich zu der in der Öffentlichkeit heftig debattierten Frage, ob der Beitragssatz der Mitgliedsstaaten zum EU-Haushalt eingefroren oder erhöht werden sollte, bei *CDU* und *SPD* keine Aussagen.

Die *Grünen* sind der Auffassung, dass der gegenwärtige Modus der Finanzierung des EU-Haushalts über beitragsähnliche Zahlungen der Mitgliedsstaaten dem Status der EU nicht mehr gerecht werde und für die Bürgerinnen und Bürger undurchschaubar sei. Zukünftige Finanzierungsmodelle sollten jedoch auch nicht zu Mehrbelastungen der Bürgerinnen und Bürger führen. Deshalb wollen die Grünen die bisherige Obergrenze der EU-Einnahmen von 1,24 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) beibehalten, wenn die EU in Zukunft direkt am nationalen Steueraufkommen beteiligt oder durch eigene Steuern finanziert werde. Andererseits weisen sie alle Versuche zurück, diese Ober-

grenze weiter zu reduzieren. Darüber hinaus verlangen die Grünen ähnlich der *FDP* einen Neuzuschnitt des EU-Budgets und wollen den Anteil der Agrarausgaben am europäischen Haushalt mittelfristig deutlich senken. Die *FDP* verlangt, dass sich die EU von der Subventionierung überkommener Wirtschaftszweige verabschieden müsse. Es geht ihr dabei insbesondere um den Ausstieg aus »produktionsverzerrenden« Marktregulierungen, Exportsubventionen und produktabhängigen Stützungen in der GAP. Im EU-Haushalt müssten die finanziellen Mittel umgeschichtet und stärker in Bildung, in Forschung und in die Entwicklung von Zukunftstechnologien investiert werden. Sie fordert zudem eine finanzielle Entlastung Deutschlands, die Spielraum für Steuersenkungen in Deutschland bringen könnte.

Die *PDS* setzt sich hingegen dafür ein, dass die Entscheidungen über die jährlichen Haushalte bis 2006 und über den Finanzrahmen der EU 2007 bis 2013 vom Geist der Solidarität zwischen stärkeren und schwächeren Ländern und Regionen getragen werden. Sie ist der Auffassung, dass das permanente Absenken des Beitrages der Mitgliedsländer zur Finanzierung der EU gestoppt werden müsse und bis 2006 zumindest die im Jahr 2000 in der Berliner Agenda vorgesehene Eigenmittelobergrenze von 1,27 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Mitgliedsstaaten umzusetzen sei. Finanzielle Reserven im EU-Haushalt würden darin liegen, dass die bereitgestellten Mittel voll ausgeschöpft und nicht verwendete Gelder nicht an die Mitgliedsstaaten zurückgezahlt werden.

Die *PDS* will sozial-ökologische Zukunftsinvestitionen stärken und so die EU-Binnenwirtschaft umweltverträglich beleben. Dafür solle ein bestimmter Anteil des BIP der Staaten mobilisiert werden. Kreditfinanzierte öffentliche Investitionen würden sich langfristig selbst tragen. Die *PDS* präferiert (wie andere Parteien auch) eine europäisch und national abgestimmte Steuerpolitik, die aber (im Unterschied zu anderen) das verfügbare Einkommen der unteren Einkommensschichten erhöhen soll. Und sie will eine flexible Geldpolitik der EZB sowie eine aktive, nachfrage- und investitionsorientierte Haushaltspolitik von Union und Mitgliedsstaaten sowie eine solidarische Lohnpolitik. Schließlich soll die EU einen aktiven Beitrag zur demokratischen Kontrolle und Regulierung der internationalen Finanzmärkte leisten.

Zum *Stabilitätspakt* vertreten *SPD* und *Grüne* eine ähnliche Meinung. Obwohl die Realität anders aussieht, meinen beide, sie wollten der Verpflichtung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes (»unter Berücksichtigung flexibler Rahmenbedingungen« – so die Grünen) nachkommen. Die Grünen erklären, dass sie die Integrationsfunktion der gemeinsamen Währung immer betont und zugleich auf eine wirtschafts-, sozial-

und arbeitsmarktpolitische Abstützung der Währungsunion gedungen hätten. Künftigen Generationen dürfe kein erdrückender Schuldenberg hinterlassen werden.

Die *CDU* kritisiert die rot-grüne Bundesregierung dafür, dass sie den Stabilitätspakt gebrochen habe und damit die Stabilität des EURO gefährde. Nur wenn die Regeln des Paktes strikt eingehalten würden, könne die europäische Wirtschafts- und Währungspolitik funktionieren und sich das Vertrauen in die junge Währung festigen. Die *FDP* fordert ähnlich wie die *CDU*, dass der »Stabilitätspakt ohne Wenn und Aber« eingehalten werden müsse. Seine finanzpolitischen Vorgaben seien nach wie vor sinnvoll.

Die *PDS* drängt hingegen auf eine Korrektur des Stabilitätspaktes und eine Revision der Defizitkriterien, weil die Erfahrungen mit den Defizitkriterien des EG-Vertrags sowie dem Stabilitäts- und Wachstumspakt gezeigt hätten, dass sie den Volkswirtschaften der EU-Mitgliedsländer eher Schaden als Nutzen brächten. Die Haushaltspolitik brauche einen neuen Ansatz. Haushaltsdefizite sollten vorrangig bei guter Konjunktur abgebaut und strukturelle Defizite konjunkturübergreifend verhindert werden. In Zeiten von Wirtschaftsflauten müssten konjunkturbedingte Defizite hingenommen und die öffentlichen Investitionen bei der Staatsverschuldung herausgerechnet und statistisch gesondert erfasst werden. »Dieser Ansatz könnte durch das Gebot einer langfristig stabilen, aber konjunkturell variablen Schuldenstandsquote umgesetzt werden.« (PDS, S. 8)

In der *Sozialpolitik* liegen die Auffassungen von SPD, CDU, Grünen, FDP und PDS, auch wenn keine Partei die Vereinheitlichung der Sozialsysteme in den EU-Mitgliedsstaaten anstrebt, recht weit auseinander. Ausführlicher gehen nur PDS und Grüne auf diese Problematik ein.

Die *SPD* tritt dafür ein, dass das »europäische Gesellschaftsmodell weltweit zum Vorbild für eine soziale, solidarische und zukunftsfähige Gesellschaft« entwickelt wird. Das europäische Sozialmodell sei weltweit einzigartig. Sozialer Ausgleich sei kein Standortnachteil im internationalen Wettbewerb. Die *CDU* sagt hingegen zu diesem Problem direkt nichts. Ihr geht es darum, dass die Wettbewerbsfähigkeit und die Wachstumskräfte der EU gestärkt werden. Offenbar ist sie der Auffassung, dass sich dann das Soziale von selbst klären würde. Die *FDP* reduziert die Sozialpolitik weitgehend auf Familienpolitik. Deutschland soll sich angesichts der niedrigen Geburtenrate in der Familienpolitik an den erfolgreichen Erfahrungen anderer orientieren.

Im Unterschied zur SPD stellen die *Grünen* fest, dass die soziale Dimension Europas der ökonomischen hinterher hinke. Sie setzen sich für europaweite Regeln ein, um Sozialdumping zu verhindern. Keine Vereinheitlichung der Sozialpolitik in Europa, aber auch kein Wett-

lauf um die niedrigsten Sozialstandards, ist ihr Motto. Außerdem müssten soziale Ansprüche und Rechte grenzüberschreitend geltend gemacht werden können. Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und das Rentensystem müssten der Mobilität der Menschen angepasst werden. Wie in Deutschland streben die Grünen auch auf europäischer Ebene eine armutsfeste Grundsicherung an.

Im Gegensatz zu allen anderen Parteien geht die *PDS* davon aus, dass die EU-Mitgliedsstaaten stets versucht seien, durch den Abbau von Sozialleistungen Wettbewerbsvorteile zu erlangen. Um das in Zukunft zu verhindern, schlägt die Partei die Vereinbarung eines »sozialen Stabilitätspaktes« vor. Außerdem müsste die EU im Rahmen der EU-Leitlinien für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung künftig quantitative und qualitative sozialpolitische Vorgaben setzen, zum Beispiel zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes, zum Mindestniveau einer sozialen Grundsicherung, zu europäischen Mindestlohnstandards, zur Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung, von Wohnungslosigkeit und Analphabetismus.

Nach Auffassung der PDS soll sich die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten auf dem Gebiet der Sozialpolitik nur an grundsätzlichen Leitbildern orientieren. In der Rentenpolitik will die Partei eine »Stärkung der solidarischen Sozialversicherungs-Rentensysteme« durch mehr Umverteilung. Ein »EU-Aktionsprogramm zur öffentlichen Gesundheit« soll zum »Angelpunkt der offenen Koordination im Gesundheitswesen und der Altenpflege« gemacht werden.

## Außen- und Sicherheitspolitik

In der Außen- und Sicherheitspolitik betonen alle Parteien – bis auf die *CDU* – die Bedeutung von Friedenssicherung und Abrüstung und den Gedanken, durch präventive diplomatische Schritte das Ausbrechen internationaler Konflikte zu vermeiden. Alle Parteien treten für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union ein, wobei die *PDS* dezidiert auf den zivilen Charakter einer solchen gemeinsamen Politik dringt. *SPD*, *CDU* und *FDP* plädieren zudem nachdrücklich für einen Europäischen Außenminister, der durch einen eigenen Auswärtigen Dienst unterstützt werden solle, wie dies im Entwurf des EU-Verfassungsvertrages vorgesehen ist. Nur so könne nach ihrer Auffassung die EU in außenpolitischen Fragen mit einer Stimme sprechen.

Ganz im eingangs genannten Sinne heißt es bei der *SPD*: »Leitlinie unseres Handelns in der Internationalen Politik ist, Konflikte präventiv zu verhindern, den Frieden zu sichern, für Menschenrechte einzutreten und

Abrüstungsbemühungen zu verstärken.« (SPD, S. 7) Wirkungsvolle Friedenspolitik müsse an den Ursachen von Konflikten ansetzen. Ausgehend von einem umfassenden Sicherheitsbegriff sei Entwicklungspolitik für die SPD Teil einer in die Zukunft gerichteten Friedenspolitik.

Ganz anders die CDU, die in einem imperial anmutenden Ton verlangt, die EU müsse zum Akteur der Weltpolitik werden. Die EU habe ihre Interessen in der Welt zu definieren und sich mit den für ihre Durchsetzung nötigen Mitteln und Instrumenten auszustatten. Nur mit einer GASP, die diesen Namen verdiene, »mit einem sichtbaren Profil und einer hörbaren Stimme«, könne Europa sein gesamtes Gewicht in die Gestaltung einer neuen Weltordnung, basierend auf den Prinzipien des Multilateralismus, des internationalen Völkerrechts und der Vereinten Nationen, einbringen. Insbesondere strebt die CDU bei der Lösung globaler Probleme eine gleichberechtigte Partnerschaft Europas mit den USA an, denn die Alte und die Neue Welt würden eine »bewährte Wertegemeinschaft« bilden.

Im Mittelpunkt der GASP müsse nach Auffassung der *Grünen* eine zivile Außenpolitik stehen, die sich an den Zielen des Friedens und der Demokratie, der Verwirklichung der Menschenrechte und eines ökologisch und sozial gerechten Interessenausgleichs zwischen den Weltregionen ausrichtet, die sich auf Abrüstung und auf die Schaffung neuer internationaler Sicherheitsstrukturen orientiert. Bei der multilateralen Einbindung sollte sich die Europäische Union eindeutig an der UNO orientieren und ein ziviles Friedenscorps zur Unterstützung von Maßnahmen der Vereinten Nationen und der OSZE aufstellen. Europa müsse sich in der Konfliktprävention engagieren, anstatt präventive Militärschläge zu unternehmen.

Für die *FDP* müsse Europa in der Lage sein, in Konfliktfällen schnell, gemeinsam und flexibel zu reagieren. Europa könne international nur handeln und mit einer Stimme sprechen, wenn das Einstimmigkeitsprinzip aufgegeben werde. »Bündnisfähigkeit – sowohl im Rahmen der NATO als auch in einer sich mehr und mehr der Sicherheits- und Verteidigungsdimension öffnenden Europäischen Union – ist für die FDP unverzichtbarer Teil deutscher Staatsraison.« (FDP, S. 27) In Ablehnung eines deutschen Sonderweges plädiert die FDP dafür, dass die europäische Integration und die nordatlantische Allianz sowie OSZE und UNO als Systeme kooperativer Sicherheit in Europa und in der Welt der Bezugsrahmen deutscher Außenpolitik bleiben.

Die *PDS* tritt dafür ein, dass die Europäische Union eine aktive friedensbewahrende Rolle in der internationalen Politik spielt. In diesem Kontext plädiert sie für die Schaffung eines europäischen zivilen Friedenscorps. Nach Auffassung der *PDS* müsse sich eine eigenstän-

dige, von den USA unabhängige gemeinsame EU-Außen- und Sicherheitspolitik an folgenden Prinzipien orientieren: Stärkung und Demokratisierung der UNO; Multilateralismus und Achtung des Völkerrechts, insbesondere Verzicht auf Androhung und Anwendung militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen; Priorität ökonomischer, sozialer, entwicklungspolitischer, ökologischer und kultureller Kooperation; an den Ursachen orientierte, präventive Konfliktbearbeitung; Stärkung der OSZE und der gesamteuropäischen Zusammenarbeit; Verteidigung gemeinsamer europäischer Grundwerte wie Demokratie, Rechts- und Sozialstaatlichkeit, Solidarität, Menschenrechte, Säkularisierung und Gleichberechtigung; Rüstungskontrolle und Abrüstung. Die im Verfassungsentwurf des Konvents verankerte Förderung des Friedens sowie die Wahrung der Grundsätze der UNO-Charta stellten dafür wichtige Grundlagen dar. Versuche, durch Militarisierung der Außenpolitik eine größere Unabhängigkeit der EU von den USA und ein stärkeres internationales Gewicht zu erringen, würden hingegen in die falsche Richtung weisen.

Alle Parteien begrüßen die *Erweiterung der EU* um zunächst zehn Staaten als einen großen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gewinn für die Europäische Union. Die SPD betont, durch die EU-Erweiterung werde die Spaltung des Kontinents überwunden. Diese Entwicklung sei wirtschaftlich wie politisch eine große Chance für Europa und sichere den inneren und äußeren Frieden.

Die CDU will sich im Europawahlkampf offensichtlich die Stimmen der sogenannten Landsmannschaften sichern und macht sich im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung mehr oder weniger verdeckt zum Vertreter revanchistischer Forderungen in der Eigentumsfrage. Vor allem mit dem Blick auf Polen und die Tschechische Republik – allerdings ohne diese Beitrittsländer beim Namen zu nennen – betont die CDU: »Völkervertreibungen müssen geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden.« (CDU, S. 5) »Vertreibungs«-Dekrete und -gesetze seien Unrecht.

Während die SPD die Frage eines *Beitritts der Türkei* zur EU überhaupt nicht thematisiert, will die CDU diese Frage zu einem Dreh- und Angelpunkt ihres Wahlkampfes machen. Mit dem Hinweis auf die Gefahr der Überforderung der Integrationskraft der EU lehnt die CDU eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU ab und plädiert stattdessen für eine privilegierte Partnerschaft mit ihr. Zudem versucht die CDU, die Ablehnung einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU ideologisch zu untermauern: »Wir verstehen die Europäische Union als eine Kultur- und Wertegemeinschaft, die sich dem europäischen, maßgeblich durch das Christentum und die Aufklärung beeinflussten Menschenbild verpflichtet sieht.« (CDU, S. 5)

Demgegenüber halten *Grüne*, *FDP* und *PDS* ausdrücklich auch für die Türkei die Tür zur EU offen, wenn diese die Kopenhagener Kriterien erfüllt. Die *PDS* wendet sich entschieden gegen alle Versuche, die Aufnahme der Türkei mit Verweis auf so genannte religiöse Gründe auszuschließen. Sie ist allerdings der Meinung, dass eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auf der Grundlage der Kopenhagener Kriterien nur dann möglich sei, wenn die Menschenrechte für alle in der Türkei lebenden Minderheiten garantiert seien und wenn sich ein demokratischer und friedlicher Weg für die kurdischen Bürgerinnen und Bürger öffne.

*Grüne*, *FDP* und *PDS* setzen sich dafür ein, dass die erweiterte EU eine wirksame und kohärente Nachbarschaftspolitik entwickelt und dass die neuen Grenzen nicht zu Schutzwällen gegenüber den Nachbarstaaten werden. Eine solche »Festung Europa« lehnen sie ausdrücklich ab. Alle drei Parteien plädieren dafür, die laufenden Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien und Rumänien so zu führen, dass diese Länder im Jahr 2007 der EU beitreten können. Die *PDS* betont, dass die EU allen europäischen Staaten offen stehen müsse, welche die in Artikel 2 des Verfassungsentwurfs des Konvents verankerten Werte achten und sich verpflichten, diesen gemeinsam Geltung zu verschaffen.

Während *SPD* und *FDP* unterstreichen, dass die Erweiterung der Europäischen Union zur gleichen Zeit eine *Vertiefung des Einigungsprozesses* erfordere, damit Europa handlungsfähig bleiben könne, äußern sich weder *CDU* noch *Grüne* und *PDS* zu dieser Problematik. Auf die in der öffentlichen Debatte immer wieder thematisierte und heftig umstrittene Frage eines Kerneuropas oder eines Europas unterschiedlicher Geschwindigkeiten wird nur von der *FDP* eingegangen: »Nach dem Scheitern der Regierungskonferenz im Dezember 2003 darf jetzt nicht mit einem Kerneuropa oder mit einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten gedroht werden. Wenn der Verfassungsprozess noch eine Chance haben soll, dann dürfen diese Pläne erst aufgegriffen werden, wenn er endgültig gescheitert sein sollte.« (*FDP*, S. 5) Die *PDS* warnt in diesem Zusammenhang allgemein vor der Gefahr eines Zwei-Klassen-Europas, die sich auch in der strukturierten Zusammenarbeit einiger Staaten in der Verteidigungspolitik abzeichne.

In der Frage einer verstärkten *militärischen Zusammenarbeit in der EU* gibt es einen unüberbrückbaren Graben zwischen *SPD*, *CDU*, *Grünen* und *FDP* auf der einen Seite und *PDS* auf der anderen Seite. Während die *PDS* konsequent alle Schritte ablehnt, die darauf hinauslaufen, die EU in eine Militärmacht zu verwandeln, treten *SPD*, *CDU*, *Grüne* und *FDP* – wenn auch sehr differenziert – dafür ein, einen militärischen Arm der EU zu schaffen. Dabei formulieren *CDU* und *FDP* ihr Ziel des

Aufbaus einer europäischen Armee völlig unverblümt, *SPD* und *Grüne* dagegen eher verschämt.

So fordert die *CDU*, Europa müsse im militärischen Bereich mehr leisten als bisher. Die EU müsse endlich den Schritt hin zu einer gemeinsamen Rüstungspolitik und einer Bündelung militärischer Fähigkeiten vollziehen. »Unser langfristiges Ziel ist die Schaffung einer europäischen Armee als tragender europäischer Pfeiler der NATO.« (*CDU*, S. 12) Ebenso setzt sich die *FDP* für die Schaffung einheitlicher europäischer Streitkräfte unter gemeinsamem Oberbefehl ein. Voraussetzung hierfür sei sowohl eine Vertiefung der rüstungspolitischen Zusammenarbeit als auch eine wirkliche systematische Arbeitsteilung im EU-Rahmen. Es gehe der *FDP* dabei nicht um die Abkopplung von den USA, sondern um die »Verbesserung der Fähigkeiten der Europäer zur gleichberechtigten Zusammenarbeit mit den USA«.

Die *SPD* betont hingegen zunächst, Europa sei eine Friedensmacht. Dauerhafte und konstruktive Konfliktregelungen zu erreichen, sei zentrales Anliegen der *GASP*. Dem diene auch die Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (*ESVP*) zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion (*ESVU*). Die *ESVU* werde zugleich zur Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO wie auch zum Ausbau einer strategischen Partnerschaft zwischen der EU und den USA beitragen. Die *SPD* werde auch weiterhin dafür eintreten, dass internationale Einsätze der EU nur auf der Grundlage des Völkerrechts und der UNO-Charta erfolgen. Das schließe Präventivkriege aus.

Ähnlich wie die *SPD* unterstreichen die *Grünen* zuerst: »Wir wollen ein Europa, das ... dem Primat ziviler Konfliktprävention, dem Prinzip der Gewaltfreiheit und den Menschenrechten verpflichtet ist.« (*Grüne*, S. 9) »Die Entwicklung Europas zu einer hochgerüsteten militärischen Supermacht lehnen wir ab.« (Ebenda) Die *Grünen* plädieren für eine »Zivilmacht Europa«, die den Sicherheitsbegriff nicht polizeilich und militärisch verkürzt. Aber die *Grünen* würden auch wissen, »dass sich die Anwendung rechtsstaatlich und völkerrechtlich legitimer Gewalt nicht immer ausschließen lässt«. (*Grüne*, S. 86) Jede militärische Intervention müsse jedoch durch ein UN-Mandat legitimiert sein und den Kriterien von Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit entsprechen. Für die Aussendung der schnellen Einsatztruppe und anderer militärischer Einsätze der EU seien die Zustimmung des Europäischen Parlaments sowie für den Fall einer deutschen Beteiligung die Zustimmung des Bundestages notwendig.

Im Gegensatz zu den anderen Parteien tritt die *PDS* konsequent für eine Europäische Union ein, »die das Völkerrecht und die UNO-Charta achtet, Krieg und militärische Gewaltanwendung zur Lösung von Kon-

flikten ablehnt, die frei von Massenvernichtungswaffen ist, ihre Rüstungsindustrie auf zivile Produktion umstellt und Rüstungsexporte beendet.« (PDS, S. 3) Die PDS lehnt jegliche EU-Militäreinsätze uneingeschränkt ab. Vorstellungen, die europäische Außenpolitik mit einer eigenständigen, weltweit handlungsfähigen (auf längere Sicht gegebenenfalls von der NATO und den USA unabhängigen) militärischen Interventionsstreitmacht zu versehen, um künftig auch als globaler militärischer Akteur auftreten zu können, seien für die PDS absolut inakzeptabel. Ziel sei die Reduzierung der militärischen Kapazitäten auf strukturelle Nichtangriffsfähigkeit. »Die PDS fordert die Aufhebung der Beschlüsse zu GASP und GSVP, die die EU in eine Militärmacht verwandeln, und lehnt auch alle Schritte und Maßnahmen ab, die auf eine solche Entwicklung der EU gerichtet sind.« (PDS, S. 30)

## Europäische Verfassung

Alle Parteien sprechen sich in ihren Wahlprogrammen für eine Europäische Verfassung aus. Während jedoch SPD, CDU, Grüne und FDP – bei aller Kritik im Detail – für die Annahme des vom Europäischen Konvent vorgelegten Verfassungsentwurfs plädieren, lehnt die PDS diesen Entwurf ab. Die Rückschritte würden die Fortschritte im Verfassungsentwurf überlagern und deformieren. Im Unterschied zu den beiden großen Parteien CDU und SPD treten Grüne, FDP und PDS für ein Referendum über die Verfassung der Europäischen Union und für die dafür erforderliche Änderung des Grundgesetzes ein.

Die *SPD* begrüßt den vom Europäischen Konvent vorgelegten Verfassungsentwurf, hebt insbesondere seine positiven Elemente (wie die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments) hervor und tritt für seine schnelle Verabschiedung ein. Durch die Europäische Verfassung werde die EU transparenter, demokratischer und effizienter. Die Europäische Verfassung müsse die Grundlage für ein demokratisches wie auch starkes Europa legen.

Nach Auffassung der *CDU* müsse der Verfassungsvertrag noch in diesem Jahr unter Dach und Fach gebracht werden. Die *CDU* plädiert für eine europäische Verfassung, »welche den Bürgern mehr demokratische Teilhabe durch das Europäische Parlament garantiert, Entscheidungen innerhalb der EU für jeden nachvollziehbar macht und für eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten sorgt« (CDU, S. 3). Das christlich-jüdische Erbe sollte nach Auffassung der *CDU* sichtbar in der Verfassung verankert sein. »Die christlichen Werte von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit bilden den Maßstab unseres Handelns,

mit dem wir die europäische Zukunft verantwortungsvoll gestalten wollen.« (CDU, S. 5)

Die *FDP* befürwortet den vom Konvent vorgelegten Entwurf eines Verfassungsvertrags als »akzeptablen Kompromiss«, der deutliche Fortschritte für die Entwicklung einer demokratischen, bürgernahen und transparenten Union bringe. Der Verfassungsentwurf müsse jedoch weiterentwickelt werden. Im Interesse der Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments müsse beispielsweise das Mitentscheidungsverfahren zur Regel werden. Das EU-Parlament müsse auch das Entscheidungsrecht bei der Aufstellung des gesamten EU-Haushalts, bezogen auf die Ausgabenseite, bekommen. Ebenso wie die Grünen befürwortet die *FDP* ein Zweikammer-System, in dem das EU-Parlament und der EU-Ministerrat als gleichberechtigte Partner die gesetzgebende Gewalt bilden müssten.

Die *Grünen* sehen im Verfassungsentwurf einen »erheblichen Fortschritt für die europäische Integration«. Viele grüne Forderungen nach mehr Demokratie, Bürgernähe und Transparenz seien erfüllt, andere jedoch offen geblieben: »Wo die Verfassungsreform zu kurz sprang, werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusammen mit unseren europäischen Partnerorganisationen weiter auf Veränderungen drängen.« (Grüne, S. 12) So müssten nationale Veto-Möglichkeiten, die in einigen Bereichen fortexistieren, abgeschafft werden. Insbesondere sei dem »unzeitgemäßen und undemokratischen« EURATOM-Vertrag ein Ende zu bereiten.

Die *PDS* lehnt den vorliegenden Verfassungsentwurf ab, obwohl sie es für wichtig hält, dass sich die EU eine Verfassung gibt, die allen in der EU lebenden Menschen verbrieft Grund-, Freiheits- und Gleichheitsrechte zusichert. Eine Europäische Verfassung solle sich dem Frieden und den Menschenrechten verpflichten, die Möglichkeiten unterschiedlicher Wirtschaftsordnungen offen halten, eine soziale Bindung des Eigentums anstreben, die EU weiter demokratisieren und der Vielfalt der Kulturen, Weltanschauungen und Religionen Rechnung tragen. Diesen Ansprüchen genüge der vom Konvent erarbeitete Verfassungsvertrag in wichtigen Punkten nicht. Es sei positiv, dass in den Entwurf die Grundrechte-Charta und soziale Rechte, die Einführung europäischer Bürgerbegehren und die Verpflichtung des Ministerrats zu öffentlicher Gesetzgebung aufgenommen worden seien. Und nicht zuletzt seien die Gesetzgebungsbefugnisse des Europäischen Parlaments erheblich ausgebaut worden. Aber der vorliegende Verfassungsentwurf wolle alle EU-Staaten zur Aufrüstung verpflichten, befördere die Militarisierung der EU und wolle der neoliberalen Wettbewerbspolitik Verfassungsrang verleihen. So bleibe das für mehr Demokratie in der EU Erreichte hinter dem Notwendigen zurück.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich in der *Wirtschafts- und Sozialpolitik* die Grundpositionen der PDS von denen der anderen Parteien fundamental unterscheiden. Während sich SPD, CDU und FDP zum Modell der »Sozialen Marktwirtschaft« bzw. zum »europäischen Modell« bekennen, sieht die PDS in der Wirtschaftspolitik der EU eine »Entfesselung der Marktkräfte«. Die Grünen wenden sich zumindest gegen eine »übermäßige Marktmacht und ihren Missbrauch«. Während die anderen Parteien die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU ausbauen wollen, will die PDS die Binnennachfrage und regionale Wirtschaftskreisläufe in Europa stärken. Nur die PDS tritt für eine Revision der Defizitkriterien des Stabilitätspaktes ein. Sie ist auch die einzige Partei, die sich ausführlich der Beschäftigungspolitik widmet und dazu konkrete Vorschläge unterbreitet. In der Sozialpolitik drängt sie im Unterschied zu den anderen Parteien auf einen »sozialen Stabilitätspakt« und auf hohe quantitative und qualitative europäische Vorgaben, die nicht unterschritten werden dürften.

In der *Außen- und Sicherheitspolitik* betonen alle Parteien – bis auf die CDU – die Bedeutung von Friedenssicherung und Abrüstung und den Gedanken, durch präventive diplomatische Schritte das Ausbrechen internationaler Konflikte zu vermeiden. Alle Parteien treten für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union ein, wobei nur die PDS dezidiert auf den zivilen Charakter einer solchen gemeinsamen Politik dringt. Daher gibt es in der Frage einer verstärkten militärischen Zusammenarbeit in der EU einen unüberbrückbaren Graben zwischen SPD, CDU, Grünen und FDP auf der einen Seite und der PDS auf der anderen Seite. Während die PDS konsequent alle Schritte ablehnt, die darauf hinauslaufen, die EU in eine Militärmacht zu verwandeln, treten SPD, CDU, Grüne und FDP dafür ein, einen militärischen Arm der EU zu schaffen.

Alle Parteien sprechen sich in ihren Wahlprogrammen für eine *Europäische Verfassung* aus. Während jedoch SPD, CDU, Grüne und FDP für die Annahme des vom Europäischen Konvent vorgelegten Verfassungsentwurfs plädieren, lehnt die PDS diesen Entwurf ab, weil aus ihrer Sicht die neoliberalen und militaristischen Elemente die demokratischen Fortschritte im Entwurf überlagern und deformieren.

Insgesamt offenbart der Vergleich der Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl, dass es der PDS gelungen ist, ihr Profil als Partei der sozialen Gerechtigkeit und als antimilitaristische Kraft zu schärfen. Gleichzeitig präsentiert sie sich pro-europäisch, solidarisch und weltoffen.

#### Quellen:

- Europamanifest der SPD. Europadelegiertenkonferenz am 16. November 2003, Berlin 2003 (Zit.: SPD).
- Europa-Manifest der CDU. Beschluss des Bundesvorstands der Christlich Demokratischen Union Deutschlands am 22. März 2004, [Berlin 2004] (Zit.: CDU).
- Europa grün gestalten. Europawahlprogramm 2004 von Bündnis 90/Die Grünen, Hrsg.: Bündnis 90/Die Grünen, Berlin o.J. (Zit.: Grüne).
- Wir können Europa besser! Für ein freies und faires Europa. Programm der FDP zur Europawahl 2004, beschlossen auf dem Europatag am 17. Januar 2004 in Saarbrücken, o.O. [2004] (Zit.: FDP).
- Alternativen sind machbar: Für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa! PDS-Wahlprogramm für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004, [Berlin 2004] (Zit.: PDS).